

Befristeter Arbeitsvertrag

für geringfügig Beschäftigte (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV),
für die der TVöD gilt und die befristet eingestellt werden

Zwischen _____
vertreten durch _____
Arbeitgeber
Anschrift _____
und _____
Vorname Nachname geb. am _____
wohnhaft in _____

wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

wird vorbehaltlich _____

folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn, Dauer und Grund des befristeten Arbeitsverhältnisses, Arbeitszeit

_____ wird ab _____
Vorname Nachname

befristet eingestellt. Solange die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV vorliegen, wird das Arbeitsverhältnis im Rahmen einer geringfügig entlohnerten Beschäftigung durchgeführt.

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt _____ Stunden wöchentlich.

_____ ist im Rahmen begründeter betrieblicher/dienstlicher
Vorname Nachname

Notwendigkeiten zur Leistung von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie von Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft, Überstunden und Mehrarbeit verpflichtet.

Der Arbeitsvertrag ist

wegen Vorliegen eines sachlichen Grundes nach § 14 Abs. 1 TzBfG

_____ kalendermäßig befristet bis zum _____

_____ zweckbefristet für die Dauer _____

_____ längstens bis zum _____

_____ befristet gemäß § 21 BEEG bis zum _____

_____ befristet gemäß § 6 PflegeZG bis zum _____

_____ befristet gemäß § 2 Abs. 3 FPfZG i.V.m. § 6 PflegeZG bis zum _____

ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes

nach § 14 Abs. 2 TzBfG nach § 14 Abs. 3 TzBfG

befristet bis zum _____

§ 2 Anwendung von Tarifverträgen sowie Dienst-/Betriebsvereinbarungen

Das Arbeitsverhältnis bestimmt sich nach der durchgeschriebenen Fassung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für den Dienstleistungsbereich

Verwaltung (TVöD-V)	Krankenhäuser (TVöD-K)	Pflege- und Betreuungseinrichtungen (TVöD-B)
Sparkassen (TVöD-S)	Flughäfen (TVöD-F)	Entsorgung (TVöD-E)

und den ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen in der für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) jeweils geltenden Fassung einschließlich des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (§ 1 Abs. 2 TVÜ-VKA).

Beim Wechsel in einen anderen Dienstleistungsbereich desselben Arbeitgebers gilt die jeweils durchgeschriebene Fassung für diesen Dienstleistungsbereich. Endet die Tarifbindung des Arbeitgebers (z.B. infolge eines Betriebsübergangs oder Verbandsaustritts), gelten die in diesem Zeitpunkt auf das Arbeitsverhältnis anzuwendenden Tarifverträge in der bei Beendigung der Tarifbindung maßgeblichen Fassung statisch weiter.

Außerdem finden die im Bereich des Arbeitgebers jeweils geltenden sonstigen einschlägigen Tarifverträge sowie Dienst-/Betriebsvereinbarungen und Dienstanweisungen/-ordnungen Anwendung.

§ 3 Probezeit

Die Probezeit beträgt _____ Monate.

Die Probezeit beträgt _____ Wochen.

Die Probezeit entfällt.

§ 4 Eingruppierung

_____ ist in der Entgeltgruppe _____ TVöD
Vorname Nachname
eingruppiert.

§ 5 Weitere Beschäftigungsverhältnisse

_____ versichert, keine weiteren Beschäftigungen
Vorname Nachname
auszuüben und verpflichtet sich, jede Aufnahme einer weiteren Beschäftigung dem Arbeitgeber
unverzüglich mitzuteilen. Bei Verletzung der Mitteilungspflicht macht sich
_____ schadenersatzpflichtig.
Vorname Nachname

§ 6 Rentenversicherung

_____ wird auf die Möglichkeit der Befreiung von der
Vorname Nachname
Versicherungspflicht in der Rentenversicherung auf Antrag hingewiesen. Der schriftliche Befreiungsantrag ist dem Arbeitgeber zu übergeben. Der Antrag kann bei mehreren geringfügigen Beschäftigungen nur einheitlich gestellt werden und ist für die Dauer der Beschäftigungen bindend (§ 6 Abs. 1b SGB VI).

Bevor sich _____ **für die Befreiung von der Rentenver-**
Vorname Nachname
sicherungspflicht entscheidet, wird eine individuelle Beratung bezüglich der rentenrechtlichen Auswirkungen der Befreiung bei einer Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung empfohlen.

§ 7 Beendigung / Kündigung des befristeten Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis endet mit Ablauf des in § 1 genannten Datums, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Das Arbeitsverhältnis kann – auch während seiner zeitlich befristeten Dauer – von beiden Seiten unter Einhaltung der tarifvertraglichen Kündigungsfristen

nach § 34 Abs. 1 TVöD

nach § 30 Abs. 4 und 5 TVöD

gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung (§ 626 BGB) bleibt unberührt.

§ 8 Nebenabrede

Zu diesem Arbeitsvertrag wird folgende Nebenabrede vereinbart:

Die Nebenabrede kann unabhängig von diesem Arbeitsvertrag mit einer Frist

von zwei Wochen zum Monatsschluss

von _____ zum _____

gesondert in Textform (§ 126b BGB) gekündigt werden.

Die Nebenabrede kann nicht gesondert gekündigt werden.

Nebenabreden sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden (§ 2 Abs. 3 Satz 1 TVöD).

Ort, Datum

Für den Arbeitgeber

(Unterschrift)

Vorname Nachname

(Unterschrift)



Merkblatt

bei Beendigung/Befristung des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses

Nach § 38 Abs. 1 SGB III sind Personen, deren Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis endet, verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung bei der Agentur für Arbeit unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses arbeitsuchend zu melden.

Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses weniger als drei Monate, hat die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen.

Die Pflicht zur Meldung besteht unabhängig davon, ob der Fortbestand des Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht wird. Auch wenn eine Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt worden ist, sind Sie zur Meldung verpflichtet, solange der Vertrag über den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses noch nicht geschlossen wurde.

Die Pflicht zur Meldung besteht nicht bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis.

Eine Arbeitsuchendmeldung kann online, persönlich, telefonisch oder schriftlich erfolgen.

Eine Verletzung der Pflicht zur Meldung nach § 38 Abs. 1 SGB III kann zum Eintritt einer Sperrzeit führen.

Hierauf weisen wir Sie ausdrücklich hin.

Kenntnis genommen am: _____

Vorname Nachname

(Unterschrift)